

## **DER NEUE KREISVERBAND STEINFURT**

### **Die Kommunale Neugliederung**

Die zum 1. Januar 1975 wirksam werdende Kommunale Gebietsreform war auch für die CDU vieler betroffene Gemeinden und Kreise ein tiefer Einschnitt. Es ist hier nicht der Platz, die vielen Überlegungen, Auseinandersetzungen und unterschiedlichen Beschlusslagen im Landtag, in Kreisen, Städten und Gemeinden darzulegen. Es geht uns an dieser Stelle vorrangig um die Folgerungen für die CDU und die Politik der Kreistagsfraktion im Gebiet des neuen größeren Kreises, die sich aus den Zusammenschlüssen und Veränderungen auf der Kreisebene ergaben.

Die ersten Zusammenlegungen von Gemeinden sollten, so wurde es Mitte der sechziger Jahre vom Landesparlament empfohlen, auf freiwilliger Basis erfolgen, um die spätere große Reform zu erleichtern. In einer Reihe von Gemeinden verfolgte man mit den freiwilligen Zusammenschlüssen auch das Ziel, von späteren rigoroseren Eingriffen verschont zu bleiben. Es kam aber – im Bereich unseres neuen Kreises - nur im Altkreis Steinfurt zu einigen freiwilligen Zusammenschlüssen:

Aus Horstmar und Leer wurde die neue Stadt Horstmar  
aus Ochtrup, Langenhorst und Welbergen wurde die neue Stadt Ochtrup  
aus Laer und Holthausen wurde die neue Gemeinde Laer  
Gleichzeitig wurden die betroffenen Ämter aufgelöst.

Im Laufe der nächsten Zeit, also in den ersten Siebziger Jahren ging die Angst um und beflügelte zu „großen Taten“. In den meisten Städten, Gemeinden und Kreisen, denen der mögliche Verlust der Selbständigkeit im Nacken saß, setzte eine hektische Betriebsamkeit ein. Durch Verbesserungen der Infrastruktur, wie man das nannte, wollte man das eigene Gewicht und die eigene Bedeutung für das Umland herausputzen. Für die „Kriterien“ galt es fleißig Punkte zu sammeln. Kriterium wurde das Zauberwort: Denn je mehr Kriterien für die Bedeutung einer Stadt oder Gemeinde erfüllt sind, umso besser stand es um die Beibehaltung der alten Struktur und die Selbständigkeit. Die Landesregierung war zu dieser Zeit auffällig großzügig mit Zuschüssen und trieb damit ihre Verschuldung und auch die der Kommunen in die Höhe.

Zunächst hieß es seitens des Landtages noch, Maßstab der künftigen Größe der kommunalen Gebietskörperschaften, also der Städte, Gemeinden und Kreise, solle ihre künftigen Aufgabenstellung sein. Deshalb gehöre die Aufgabenverteilung zwischen den staatlichen Stufen an den Anfang. Doch schon nach kurzer Zeit gingen die Auffassungen darüber in Parlament und Regierung so weit auseinander, dass man die Diskussion kurzerhand abbrach, wohl um nicht die ganze Gebiets- und Strukturreform zu gefährden.

Und so wurde über Mindestgrößen geredet und munter gefeilscht, ohne zu wissen, welche Zuständigkeiten künftig bei Landesbehörden, Gemeinden, Städten, Kreisen und kreisfreien Städten angesiedelt sein würden. Bei den Kommunen führte auch diese Inkonsequenz zu manchem Ärger.

### **Wer darf selbständig bleiben – wer will oder muss zu wem?**

Die SPD neigte traditionell zu größeren Einheiten als die CDU, die eben doch die klassische Kommunalpartei nach dem Kriege war. Gewöhnlich war es ja so: Je kleiner eine Gemeinde, umso stärker war die CDU. Im Tecklenburger Land herrschte offenbar eine noch viel tiefere Abneigung gegen die Gebietsreform als im Altkreis Steinfurt. Eine Zeitung überschrieb am 21.9.72 den Bericht über eine CDU-Mitgliederversammlung in Riesenbeck mit der bündigen Überschrift: „Die Bürger wollen überhaupt keine Gebietsreform.“

Sogar Landesgrenzen gerieten in die Diskussion: Der Vorschlag einer Länder-Neugliederungskommission (Prof.Ernst) sah vor, Büren (Ortsteil von Lotte) nach Niedersachsen (Osnabrück) zu geben. Überschrift in der Presse: „Bürener Blinddarm zwickt ganz gewaltig“. Und Horst Ursinus/CDU prägte den Slogan „Wir wollen Westfalen bleiben!“ Klar war bald, dass alle Ämter (= mehrere kleine Gemeinden haben eine gemeinsame Verwaltung und außer den Gemeinderäten noch eine gewählte Amtsvertretung) keinen Bestand haben würden. Verwaltungsleiter aller Ebenen waren aufgefordert, verwaltungsinterne Vorschläge zu machen, wobei sie einerseits nach oben, also zur Landesregierung und auf ihre jeweils genehme Landtagsfraktion „schielten“, und auch nach unten auf ihre Räte und Kreistage zu hören hatten.

Zu allem Überfluss entwickelte sich im Landtag während der oft hitzigen Debatten ein informelles „Agreement“ heraus: Die SPD überließ die Meinungs-

führung der CDU, wenn es um mehr ländliche Gebiete ging, dafür hielt sich die CDU in den Ballungsräumen sichtlich zurück. Dass diese Aufteilung der Interessen-Sphären von niemandem offen zugegeben wurde, versteht sich von selbst.

Der spektakulärste Vorschlag im Altkreis Steinfurt war zweifellos der Zusammenschluss der benachbarten Städte Borghorst und Burgsteinfurt. Innerhalb der CDU lief diese Bemühung seitens der CDU-Führung Burgsteinfurts und der Führung der Kreistagsfraktion schon seit Jahren. - In Borghorst aber wollte man davon nichts wissen und mit 18.000 Einwohnern (gegenüber 13.000 in Burgsteinfurt) selbständig bleiben.

Die CDU-Kreistagsfraktion hatte mehrheitlich für den Zusammenschluss beider Städte plädiert, und zwar aus raumplanerischen Gründen. Denn diesem Raum im Südkreis Steinfurt fehlte ein leistungsfähiges Mittelzentrum, das bei der Konkurrenz zwischen Borghorst und Burgsteinfurt dort wohl nicht entstehen konnte. – Die CDU in Borghorst und der rührige Stadtdirektor Dr. Grömping hielten ihren Widerstand noch bis über die Landtagsentscheidung hinaus aufrecht. Eine Klage gegen den Zusammenschluss wurde Monate später wie fast alle anderen abgewiesen.

### **Die Kreisgrenzen in der Diskussion**

Der Landkreis Münster konnte, das wurde von Monat zu Monat deutlicher, nicht gehalten werden. Da Greven aber keinesfalls der Stadt Münster einverleibt werden wollte, strebte Bürgermeister Aloys Wähning zum Kreise Steinfurt, denn Gespräche mit Vertretern des Kreises Tecklenburg hatten nichts erbracht. Wähnings Hauptargument war nun: Unsere Hauptinteressen liegen nicht östlich Grevens, sondern sie liegen bei unseren Verflechtungen mit Emsdetten. Andererseits wollte der Kreis Tecklenburg, weil er hinsichtlich der Einwohnerzahl als etwas zu schwach angesehen wurde, sehr gerne sowohl Greven, Saerbeck, und -wenn es denn ginge- auch Emsdetten hinzugewinnen. Auch der Regierungspräsident schlug zunächst vor, Greven und Saerbeck dem Kreis Tecklenburg zuzuschlagen.

In der Gemeinde Saerbeck war dies kein großes Problem, deren Bürgermeister Dr. Anton Gerdemann hatte sogar intensiv versucht, seinen Amtskollegen Wähning umzustimmen, aber ohne Erfolg. Dem inzwischen durch die Papiere geisternden „Großkreis Rheine“ gab man zu diesem Zeitpunkt noch keine Chance.

Im Altkreis Tecklenburg läuteten die Alarmglocken: Einerseits wegen einiger Veränderungsvorschläge auf Gemeindeebene, z.B. Brochterbeck zu Ibben-

büren, auch Hörstel und seine Nachbarn, vor allem aber wegen der immer stärker infrage gestellten Selbständigkeit des Kreises Tecklenburg. Die drei im Kreistag vertretenen Parteien waren sich da völlig einig: „TE muss bleiben!“ Als Auto-Aufkleber fuhr dieser Protest nun jahrelang durch die Welt. Man hatte zwar nur rd.140.000 Einwohner, konnte aber auf eine gute Struktur verweisen.

Der Altkreis Steinfurt hatte – außer in Borghorst und vor allem Burgsteinfurt - mit 195.000 Einwohnern wegen der Selbständigkeit zwar etwas weniger Sorgen. Da lagen die Probleme mehr in Städten und Gemeinden - und bei der Kreissitzfrage. Bei den kleineren Gemeinden waren eigentlich die nahe liegenden Probleme durch die vorweggenommenen freiwilligen Zusammenschlüsse schon beseitigt. Die Ämterauflösung war ohnehin beschlossene Sache.

So ging es noch um die bange Frage, ob kleine Gemeinden wie Laer, Horstmar, Wettringen, Metelen wegen ihrer Einwohnerzahl unter oder wenig mehr als 6.000 Einwohner selbständig bleiben konnten. Sie konnten andererseits auf eine sehr gute Ausstattung und Siedlungsstruktur mit attraktiven Dorfkernen verweisen. Doch gab es auch in Rheine noch Streit, wo die Selbständigkeit Me-sums heftig diskutiert wurde.

### **Der neue große „Kreis Steinfurt“ ist beschlossene Sache**

In die Frage hinein, wie die neuen Kreisgrenzen aussehen und welche Stadt künftig Kreissitz würde, spielte im Kreise Steinfurt der schon 1963 beschlossene Neubau eines Kreishauses hinein. Dessen Notwendigkeit war zwar unumstritten. Doch als dessen Planung konkret wurde, zeichneten sich erste Umrisse der Gebietsreform ab. Gerade in der CDU, die im Kreistag und in den meisten Gemeinden des Altkreises Steinfurt die Mehrheit hatte, war die nun einsetzenden Debatte sehr heftig.

So war später, als am 8.5.1974 in Düsseldorf die Würfel fielen, die Investition für das neue Verwaltungsgebäude der Kreisverwaltung und des Finanzamtes in Burgsteinfurt auch zu einem durchschlagenden Argument für den Kreissitz in der neuen Stadt Steinfurt geworden.

Hinzu kamen auch seltsame „zweckdienliche“ Landtagsbeschlüsse, als einige Neugliederungsgebiete schon beschlossen waren.: Zum Beispiel beschloss man kurz vor der alles entscheidenden Verabschiedung des Gesamtgesetzes im

Landtag, dass nur eine Stadt Kreissitz sein solle, die auch bisher schon Kreissitz war.

Ein weiterer Beschluss lautete, die Kreise sollten alle nur den Namen der Kreisstadt tragen. Da waren einige Bereiche und Namensgebungen aber bereits beschlossene Sache gewesen. So war es jetzt auch nicht mehr möglich, eine Verankerung von „Tecklenburg“ im Namen des neuen Kreises vorzunehmen.

Eine Fülle von Konferenzen und Bereisungen war veranstaltet worden. Und Düsseldorf entschied letztlich: Die Kreise Steinfurt und Tecklenburg sowie die Stadt Greven und die Gemeinde Saerbeck werden am 1.1.1975 zum neuen „Kreis Steinfurt“ zusammengeschlossen. Im Altkreis Steinfurt war man froh, die drohende Zerstückelung des Kreises Steinfurt vermieden zu haben. Denn in Düsseldorf hatte man die „Vierer-Lösung“ favorisiert, die gerade im Kreise Steinfurt vehement abgelehnt wurde.

FK „Köstering will...“  
8,5 cm

Aber im Tecklenburger Land war man enttäuscht und empört über die in der Tat harte Entscheidung aus Düsseldorf. Wobei es feine Unterschiede gab: Mancher hätte, wenn schon die Selbständigkeit des Kreises Tecklenburg nicht er-

halten werden konnte, lieber den geographisch und verkehrsmäßig günstiger gelegenen Kreissitz Rheine vorgezogen. Andere fürchteten, dass keine nennenswerte Nebenstelle der Kreisverwaltung im Tecklenburger Land verbliebe, wenn die nahe gelegene Stadt Rheine Kreissitz würde.

Der Kreis Tecklenburg jedenfalls reichte Verfassungsbeschwerde ein, und Landrat Laurenz Börgel wurde zum personifizierten Symbol für „TE muß bleiben“. Er versprach im CDU-Kreisvorstand feierlich: „Der Laurenz Börgel fällt nicht um.“ Erst lange nach dem Wirksamwerden, als die CDU-Gremien und auch der neue Kreistag schon arbeiteten, wurde diese Verfassungsbeschwerde abgewiesen. Wie übrigens fast alle diese im Lande laufenden Klagen.

### **Vorbereitungen für den neuen Kreisverband Steinfurt Die „Billerbecker Beschlüsse“**

Sofort nach der Entscheidung in Düsseldorf am 8.5.1974 begannen die Vorbereitungen, um für die neu gebildeten Städte und Gemeinden und für den neuen Kreis auch die entsprechende CDU-Organisationsform zu finden. Denn am 4. Mai 1975 sollten gleichzeitig die Landtags- und die Kommunalwahlen stattfinden. Und dafür war ein intakter CDU-Kreisverband wichtig. Dies galt auch für zusammen geschlossene Städte und Gemeinden.

Es bestanden zu diesem Zeitpunkt im Gebiet des neuen Kreisverbandes zwei Geschäftsstellen: in Ibbenbüren mit Edmund Taschner als Geschäftsführer, Im Kreisverband Steinfurt wurde die Geschäftsstelle in Rheine inzwischen von Franz Abels geführt.

In Rheine konnten in diesen Monaten auf der Bahnhofstraße neue Büroräume bezogen werden. Außerdem konnte der Wunsch nach eigenen Sitzungsräumen verwirklicht werden. Und mehr Lagerplatz für Vorräte und der Sitzungsräume.

Beide Kreisverbände bildeten als erstes gemeinsames Gremium ein Wahlkampfteam, das am 10.7.1974 zusammentrat. Dies war eigentlich nur der Vorläufer der „Gemeinsamen Kommission Steinfurt/Tecklenburg/Münster-Land“. Man tagte jeweils vor den gemeinsamen Sitzungen noch intern. Eine Satzungskommission unter Erwin Meyer aus Rheine wurde eingesetzt.

Aber die entscheidende Vorbereitung des Zusammenschlusses der CDU fand im Hotel „Weißenburg“ in Billerbeck statt, und zwar am 6. und 7.9.1974. Der Vorsitz, der in den vergangenen Vorbereitungssitzungen zwischen den drei Kreisvorsitzenden Brömmelhaus, Börgel und Dr. Gerdemann gewechselt hatte, lag diesmal bei Helmut Brömmelhaus. Die hier besiegelten Billerbecker Beschlüsse“ wurden noch oft in den nächsten Jahren zitiert.

Es ging hauptsächlich um die Satzung und paritätische Verteilung der Positionen auf die Gebiete der alten Kreisverbände. Auch brachte diese Tagung den Durchbruch zur vertrauensvollen Zusammenarbeit, die, wie alle wussten, wegen der sehr unterschiedlichen Strukturen und Traditionen schwierig genug werden würde. Bezeichnend für das gegenseitige Abtasten war, dass die Teilnehmer aus dem Tecklenburger Land ihre Zimmer im Hotel Weißenburg erst nach einer ersten erfolgreichen Gesprächsrunde zu belegen bereit waren und die Koffer erst nach dieser „Befreiung“ auspackten.

Die wichtigsten dieser „Billerbecker Beschlüsse“ waren:

- > Gründung des neuen Kreisverbandes auf einem Kreisparteitag am 26.10.1974
- > Der neue Kreisvorsitzende kommt aus TE
- > Dessen Stellvertreter kommen im Verhältnis 2:2:1 aus ST, TE und MS
- > Der neue Landrat kommt aus ST
- > Die Stellvertretenden.Landräte im Verhältnis 1:1:1 aus ST, TE und MS
- > ST verzichtet auf einen zahlenmäßig zustehenden Kreistagswahlbezirk zugunsten TE und damit auf einen Kreistagsabgeordneten
- > Eine Absprache über die Personen für diese Positionen findet hier nicht statt:  
Dies ist Sache der jeweils wählenden Gremien

Diese Beschlüsse wurden einvernehmlich gefasst, worüber auf allen Seiten große Erleichterung herrschte. - Eine gesonderte Sitzung am 19.9.1974 in Münster regelte die besonders gelagerten Probleme der Auflösung des Kreisverbandes Münster-Land. Aber die endgültige, vor allem finanzielle Regelung mit dem aufgelösten Kreisverband MS-Land konnte erst am 26.3.1976 im sog. „Liquidationsausschuss“ unter Vorsitz von Dr.Anton Gerdemann vorgenommen werden. Hier wurde spitz gerechnet: Auf das einzelne Mitglied entfiel ein Barvermögen von ganz genau 12,607314 DM(!) Dieses Geld wurde den beteiligten Kreisverbänden je nach der Anzahl der übernommenen Mitglieder überwiesen.

### **Vorbereitungen auch in den neu gebildeten Kommunen**

#### **Eine wundersame Mitgliedervermehrung**

Gleichzeitig mussten bei den neu gebildeten Städten und Gemeinden auch entsprechende CDU-Gremien gebildet werden, damit rechtsgültige Kandidatenaufstellungen zur Kommunalwahl stattfinden konnten. Dem neuen Kreisverband würden nun 35 Ortsverbände und 24 Gemeinde- bzw. Stadtverbände angehören.

Im **Tecklenburger Land** betraf dies die Ortsverbände Hopsten, Halverde und Schale, die nach dem Zusammenschluss zur neuen Gemeinde Hopsten nun zusätzlich auch einen Gemeindeverband zu bilden hatten. Ebenso musste in der neuen Stadt Hörstel mit Hörstel, Bevergern, Riesenbeck und Dreierwalde ebenfalls ein Stadtverband her. Ebenso in Tecklenburg mit Ledde-Leeden und Brochterbeck. In Ibbenbüren ging der OV Laggenbeck in der Ibbenbürener CDU auf.

Im **Kreise Steinfurt** mussten nach der Bildung der neuen Städte in Rheine mit den Ortsverbänden in Rheine-Stadt, Mesum, Elte, Hauenhorst, Rheine rechts- und Rheine links der Ems, in Steinfurt mit Burgsteinfurt und Borghorst, und in Horstmar mit Horstmar und Leer ebenfalls Stadtverbände gebildet werden. In Ochtrup hatte man sich nach dem Zusammenschluss mit Langenhorst und Welbergen für eine einzige Ortsunion entschieden.

In **Greven** wurde nach der Neubildung der Stadt ebenfalls ein Stadtverband mit den Ortsverbänden Greven, Reckenfeld und Gimfte gebildet.

Nun war es für die Strategen in den Orts- oder Stadtteilen mit eigenem Ortsverband wichtig, möglichst viele Delegierte für den Stadtverband zu stellen. Damit sollte zum Beispiel bei Kandidatenaufstellungen, aber auch bei Vorstandswahlen, ein möglichst großes Gewicht erreicht werden. So betrieb man mancherorts „auf Deubel komm raus“ eine intensive Mitgliederwerbung. Glorreiche Spitzenreiter scheinen bei diesem edlen Wettstreit wohl Mesum und Gimfte gewesen zu sein, aber auch Hopsten konnte sich durchaus sehen lassen. In Mesum hatte, wie berichtet wurde, allein Alfred Scheffer über einhundert neue Mitglieder geworben. In Gimfte gehörte gar jeder zehnte Einwohner, Säuglinge eingerechnet, der CDU an. Ganze Familien und Verwandtschaften fanden sich auf der Mitgliederliste wieder. Das dicke Ende kam später: sie alle wurden ja mit einem minimalen Beitragssatz aufgenommen, der sich nicht lange hielt.

### **Der erste Kreisparteitag des neuen Kreisverbandes Steinfurt**

Helmut Brömmelhaus, Kreisvorsitzender im Kreisverband Steinfurt, lud vereinbarungsgemäß zum konstituierenden Kreisparteitag ein. Er fand am



26.10.1974 im Paulushaus zu Rheine statt und verlief in einer hervorragenden Atmosphäre. Seine wichtigsten Ergebnisse:

- > Die Satzung wird genehmigt
- > Die bisherigen Ehrenvorsitzenden Laurenz Börgel sen. aus Ibbenbüren und Clemens Horstmann aus Neuenkirchen werden bestätigt
  
- > Günther Dierk/Lienen, bisher Kreisvorsitzender TR, wird Vorsitzender des neuen Kreisverbandes (nur eine Gegenstimme!)
- > fünf Stellvertreter werden gewählt: Leni Fischer/Neuenkirchen, Hubert Scharf/Rheine, Josef Schirmer/Steinfurt, Heinrich Heitling/Mettingen, Joachim Miséra/Greven
- > Schriftführer: Heinz Vennemann/Laer, Stellvertreterin Otti Hüls/Ibbenbüren
- > Schatzmeister: Ernst August Beyer/Bevergern, Stellv. Wilhelm Bäcker/Rheine
- > Beisitzer: G.A.Bäcker/Emsdetten, F.Brinkhaus/Borghorst, J.Bruns/Hopsten, G.Gossens/Rheine, C.Heereman/Riesenbeck, Dr.H.Janning/Wettringen, .Kemper/Emsdetten, K.H.Mönninghoff/Ibbenbüren,J.Mormann/Altenberge, Herbert.Peuten/Recke, Dr.H.Schallenberg/ Lengerich, F.Schneider/Rheine, A.Wähning/Greven, H.Wanke/Rheine.
- > Verfahrensordnung zur Kommunalwahl wird verabschiedet

Die Presse berichtet: „Langanhaltender Beifall rundete abschließend noch einmal den außerordentlich positiven Eindruck der Gesamtveranstaltung ab.“

### **Der zweite und dritte Kreisparteitag schon am 15.2. und 15.3.1975**

Auch der zweite Kreisparteitag am 15.2.1975 in Burgsteinfurt wurde noch von der Neugründung des Kreisverbandes geprägt: Die neue Satzung wurde - unwesentlich- geändert und die Beitrags- und Finanzordnung verabschiedet.

Die wichtigste Aufgabe aber war die Vorbereitung der Kommunalwahlen, der Beschluss über das Kreiswahlprogramm und die Aufstellung der Spitzenmannschaft, die den Wählern präsentiert werden sollte. Ihr gehörten an: Hans Poetschki/Emsdetten, Martin Stroot/Recke, Dr.Anton Gerdemann/Saerbeck, Otti Hüls/Ibbenbüren, Gottfried Köster/ Rheine, Dr.Hermann Schallenberg/Lengerich und Franz Abels/Rheine.

**Der Mitgliederstand** betrug zu dieser Zeit 5.315, davon 61 % aus Steinfurt, 30 % aus Tecklenburg und 9 % aus Greven/Saerbeck.

Der dritte Kreisparteitag am 15.3.1975 in Ibbenbüren galt ausschließlich der Kreistagswahl, also der Aufstellung der Direkt- und der Listenkandidaten zum Kreistag. Die Ortsunionen waren völlig frei, dem Kreisparteitag einen Kandidaten ihrer Wahl vorzuschlagen. Den Vorschlägen der Ortsunion wurde jeweils entsprochen.

### **Die erste Kommunalwahl nach der Neugliederung: am 4.5.1975**

Die Kommunalwahlen wie auch die Landtagswahlen wären eigentlich schon im Sommer oder Herbst 1974 fällig gewesen. Wegen der Kommunalen Neugliederung aber wurden beide auf das Frühjahr verschoben, und zwar auf den 4.5.1975.

Die Landtagsabgeordneten und auch die Mandatsträger in den nicht veränderten Städten und Gemeinden blieben bis zur Neuwahl im Amt. In den veränderten bzw. neu gebildeten Kreisen, Städten und Gemeinden (die Ämter gab es seit dem 1. Januar 1975 nicht mehr) wurden durch die Landesregierung „Beauftragte“ bestimmt, sowohl für deren Landräte, Bürgermeister und Oberbürgermeister wie auch für die jeweiligen Behördenleiter.

Im neuen Kreis Steinfurt traf Düsseldorf für den „Beauftragten Landrat“ eine salomonische Lösung: Weder der Tecklenburger Laurenz Börgel, noch der Steinfurter Hans Poetschki wurden beauftragt, sondern der bisherige Stellvertretende Landrat des Kreises Münster-Land, der CDU-Bürgermeister und Kreistagsabgeordnete Dr. Anton Gerdemann aus Saerbeck.

Für die Behördenleitung fügte sich die Beauftragung ebenfalls schmerzlos: Oberkreisdirektor Rinke/ Tecklenburg war schon vor dem 1. Januar 1975 aus dem Dienst des Kreises ausgeschieden und Kreisdirektor Hans Jacobi leitete nun die Tecklenburger Kreisverwaltung. So wurde Oberkreisdirektor Leo Böhmer der „Beauftragte Oberkreisdirektor“ und Hans Jacobi sein Vertreter.

#### **Das Ergebnis der ersten Kreistagswahl im neuen Großkreis:**

CDU	117.178 Stimmen	= 55,5 %	35 Sitze
SPD	78.740	= 37,3 %	23
FDP	13.349	= 6,3 %	3

Dies war für die CDU höchst erfreulich.

**Gemeindewahlen:**

CDU	114.897 Stimmen	= 54,5 %,
PD	79.421	= 37,6 %
FDP	12.664	= 6,0 %

Die CDU im neuen Kreistag hatte also eine komfortable absolute Mehrheit. Aber die Konstituierung der ersten Kreistagsfraktion des neuen Kreises gestaltete sich sehr schwierig. Die Protokolle der ersten drei Fraktionssitzungen sind ein Dokument des mühsamen Aneinandergewöhnens, und spannend dazu: Laut Satzung lud der Kreisvorsitzende Günter Dierk zur ersten Sitzung ein und leitete die Vorstandswahl. Bei der Wahl des Landrat-Kandidaten wurden die „Billerbecker Beschlüsse“ der alten Kreisverbände infrage gestellt und Dr. Anton Gerdemann/Saerbeck durch Heinrich Heitling aus Mettingen zur Wahl des Landrates und Hans Poetschki als dessen Stellvertreter vorgeschlagen. Fraktionsvorsitzender sollte Martin Stroot und Stellvertreter Franz Abels werden.

Gottfried Köster schlug dagegen – gemäß den Billerbecker Beschlüssen – vor: Hans Poetschki zum Landrat, Martin Stroot zum Fraktionsvorsitzenden und Franz Abels als dessen Stellvertreter vor. Dieser Vorschlag wurde aus der Fraktion ergänzt durch Dr. Anton Gerdemann als Stellv. Landrat.

Hans Poetschki und Dr. Gerdemann, beide hatten die „Billerbecker Beschlüsse“ mitbeschlossen, lehnten den Vorschlag Heitlings ab. - Hildegard Schleithoff verwies auf diese verbindlichen Beschlüsse im Vorfeld der Fusion. Darauf antwortete Günther Dierk mit dem Hinweis, man habe sich dort lediglich auf ein Spitzenteam von acht Personen geeinigt. Jetzt verlas Franz Abels die entsprechenden Passagen der „Billerbecker Beschlüsse“, denen zufolge unter anderem der Landrat aus dem Altkreis Steinfurt kommen sollte. Auf den Einwurf, die Beschlüsse seien doch ohnehin bereits durchbrochen, stellte er fest, das sei bisher noch in keinem einzigen Falle geschehen.

Einige Fraktionsmitglieder fühlten sich dadurch „eingeengt“. Günther Dierk meinte hierzu, er werde sein Amt (als Kreisvorsitzender) demnächst zur Verfügung stellen, wenn die Absprachen eine solche Rolle spielen sollten. Ob er dann erneut kandidieren werde, wisse er noch nicht. In der geheimen Abstimmung über den Vierer-Vorschlag von Gottfried Köster wurde dann mit 27 gegen 6 bei 2 Enthaltungen Hans Poetschki/Emsdetten für die Wahl zum Landrat und Dr. Anton Gerdemann/Saerbeck für den Stellv. Landrat nominiert, Martin Stroot wird Frakti-

## Der neue Kreisverband Steinfurt

---

onsvorsitzender und Franz Abels dessen Stellvertreter. - In die Verhandlungskommission mit SPD und FDP wurden Poetschki, Stroot und Abels gewählt.

In der nächsten Fraktionssitzung am 15.5.75 lehnte die Fraktion die Forderung der SPD ab, den ersten Stellvertreter des Landrats zu stellen. Sie gestand diese Position der FDP zu. Ein weiteres „ST/TE-Problem“ war in diesen Tagen die Frage, wer Kreisdirektor, also Vertreter des Oberkreisdirektors werden soll. Zur Wahl standen Hans Jacobi aus TE und Dr.Norbert Schmiese aus Steinfurt. Beide waren bisher bereits Allgemeine Vertreter gewesen. Der Tecklenburger Kreisdirektor Hans Jacobi war inzwischen zum Ibbenbürener Stadtdirektor gewählt worden.

Sogar der Kreisvorstand beschäftigte sich damit und empfahl der Fraktion mit 13 gegen 10 Stimmen, Dr.Schmiese zu wählen. In der Fraktion lautete die Abstimmung sodann 18 zu 12 für Dr.Schmiese. Das entsprach so ziemlich den alten Kreisgrenzen. Bei der Wahl von CDU-Spitzenpositionen hielt man sich aber an die „Billerbecker Beschlüsse“.

### Landtagswahl 4.5.1975

Die Kandidatenaufstellungen zur Landtagswahl verliefen ohne große Diskussionen. Die Delegierten zu den Vertreterversammlungen aus den Ortsverbänden hatten ihre Aufmerksamkeit meist auf die Abläufe in den Städten und Gemeinden gerichtet. Unumstritten waren die drei Abgeordneten

Helmut Brömmelhaus , Emsdetten im Wahlkreis Steinfurt I/Nord

Franz Riehemann, Steinfurt im WK ST II/Süd mit Teil-Kreis Coesfeld I

Karl Grüter, Hörstel-Riesenbeck im WK ST III Tecklenburger Land

Diese Kandidaten hatten sich auch in den Neugliederungswirren bewährt.

#### Ergebnis:

<b>Steinfurt I:</b>	CDU	33.193 Stimmen	= 58,7 %
	SPD	20.099	= 35,6 %
	FDP <sup>^</sup>	2.560	= 4,5 %
<b>ST II:</b>	CDU	34.761	= 63,7 %
	SPD	16.535	= 30,3 %
	FDP	2.424	= 4,4 %

<b>ST III :</b>	CDU	41.483	= 49,5 %
	SPD	35.443	= 42,3 %
	FDP	6.228	= 7,4 %

<b>Kreis Steinfurt:</b>	CDU	120.047	= 56,3 %
	SPD	78.712	= 36,9 %
	FDP	12.179	= 5,7 %

Damit waren die drei CDU-Kandidaten glatt wieder in den Landtag gewählt worden.

### **Kreisvorsitzender Günther Dierk tritt zurück / Nachfolger: Herbert Peuten**

Am 10.7.1975 trat Kreisvorsitzender Günther Dierk von seinem Amt zurück. Nach seinen Worten lagen die Gründe in der Größe des Kreises und der Schwierigkeit der Harmonisierung. Er habe seine Vorstellungen trotz großen Zeit- und Fahrtaufwandes nicht wie gewünscht verwirklichen können. Es wurde aber vermutet, dass auch die noch nicht entschiedene Verfassungsklage des Altkreises Tecklenburg gegen den Zusammenschluss eine Rolle gespielt habe. Der spektakuläre Rücktritt des Kreisvorsitzenden der hier führenden CDU solle als „Beweisstück“ im Verfahren dienen. Dieser Rücktritt wurde im CDU-Kreisverband - und nicht nur im Tecklenburger Land - sehr bedauert. Er hatte sein Amt mit großem Engagement angetreten. Doch es war keine einfache Aufgabe, denn der größere Teil des Kreisgebietes war ihm noch nicht vertraut, die Größe des Kreises entsprach fast dem Saarland, und Dierk wohnte in Lienen-Kattenvenne, am äußersten östlichen Rande des neuen Kreises. Und der Stachel der Neugliederung saß noch tief.

Hinzu kamen noch die ziemlich unterschiedlichen CDU-Traditionen in den alten Kreisverbänden. In Steinfurt gab es umfangreiche Gremienarbeit, viel Diskussionen über Grundsatzfragen. In Tecklenburg war man über diesen „Stil“ oft verwundert und unwillig. Dort lagen die Entscheidungen auch - jedenfalls stärker als in ST - bei einigen einsatz- und entscheidungsfreudigen Leistungsträgern der CDU. „Das Praktische“, wie man es nannte, stand im Vordergrund der Tecklenburger CDU-Tradition. Aber in der Kreispolitik hatte bald der harte Alltag des Großkreises eingesetzt. Viele Probleme waren zu lösen, und nicht jede